



Stadt Arnsberg
Postfach 2340
59753 Arnsberg

**Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines /
Benutzungsgenehmigung im mit öffentlichen und nicht-öffentlichen Mitteln
geförderten Wohnungsbau**

1. Antragsteller:in:

Name/Vorname _____ Geburtsdatum _____

Straße/Hausnummer _____ Postleitzahl/Ort _____

E-Mail-Adresse _____ Telefonnummer _____

Staatsangehörigkeit _____ Aufenthaltserlaubnis bis _____

Familienstand ledig verwitwet getrennt lebend geschieden verheiratet seit _____

Art der Einkünfte: _____

2. Haushaltsangehörige, die mit dem/der Antragsteller:in eine öffentlich geförderte Wohnung bewohnen
– **innerhalb von 6 Monaten** beziehen werden _____

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Familienstand	Staatsangehörigkeit	Art der Einkünfte
1.							
2.							
3.							
4.							
5.							
6.							
7.							
8.							
9.							
10.							

3. Zugehörigkeit zu besonderen Personengruppen

Ich oder ein Haushaltsangehöriger (Nr. 2)
ist schwerbehindert/schwerbeschädigt zu _____ %
hat einen Pflegegrad von _____
ist Rollstuhlfahrer
ist Notunterkunftsbewohner

4. Ich/Wir beantrage(n), mir/uns über die angemessene Wohnungsgröße hinaus

einen weiteren Wohnraum zuzubilligen

Begründung:

(Nachweise bitte in Kopie dem Antrag beifügen)

5. Gründe für den Wohnungswechsel

Kündigung durch Vermieter/Räumung

Umzug in eine andere Stadt/Gemeinde

Trennung (vom Partner/Haushaltsgemeinschaft)

derzeitige Wohnung zu teuer

derzeitige Wohnung zu klein

derzeitige Wohnung zu groß

barrierefreie/altersgerechte/rollstuhlgerechte Wohnung

bauliche Mängel/Schäden der derzeitigen Wohnung

Gründe im Wohnumfeld/Quartier (soziales Umfeld)

Sonstiges:

Anmerkung:

Nachweise ggf. bitte in Kopie dem Antrag beifügen (z. B. Kündigungsschreiben, ärztliches Attest).

Die angegebenen Gründe (inkl. der Nachweise) dienen dazu, die Dringlichkeit Ihrer Wohnungssuche einzustufen.

6. Ich beantrage die Erteilung einer

allgemeinen Wohnberechtigungsschein zum Bezug einer **öffentlich geförderten** Wohnung

gezielten Wohnberechtigungsschein für die nachstehend bezeichnete öffentlich geförderte Wohnung

Benutzungsgenehmigung als Eigentümer der nachstehend bezeichneten öffentlich geförderten Wohnung

Freistellung

7. zu 6.2 bis 6.4

Objekt:

Ort / Straße / Nr.

Lage im Objekt:

Etage / Links / Mitte / Rechts

Zimmeranzahl:

m²:

Vormieter:in:

Vermieter:in:

Erklärung des/der Vermieter:in

Ich bin bereit, mit der/den o.g. Person/en für die o.a. Wohnung einen Mietvertrag abzuschließen.
Die Wohnung ist voraussichtlich ab _____ beziehbar.
Die Nettokaltmiete (Einzelmiete ohne Betriebskosten) beträgt _____ Euro.

Die gebührenpflichtige Freistellung beantrage ich aufgrund

der wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse (Unvermietbarkeit der Wohnung an Wohnberechtigte)
eines überwiegenden öffentlichen Interesses
wegen eines überwiegenden Interesses des Verfügungsberechtigten oder eines Dritten

Begründung:

Datum

Unterschrift Vermieter:in / Eigentümer:in

8. Erklärung

- a) Hiermit erkläre ich, dass ich sowie alle Haushaltsangehörigen außer den in meinem Antrag beigefügten Einkünften **keinerlei weitere Einnahmen** (auch nicht aus Nebentätigkeit oder Nebenbeschäftigung) haben.
- b) Innerhalb der nächsten 12 Monate sind – keine – Änderungen beim Haushaltseinkommen zu erwarten.

Mit folgenden **Einkommensänderungen** ist zu rechnen:

- c) Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass außer den im Antrag angegebenen Personen, **keine weiteren Personen** in meinem Haushalt leben oder alsbald (innerhalb von 6 Monaten) leben werden.
- d) Ich erkläre, dass für mich sowie für meine Haushaltsangehörigen kein weiterer Wohnsitz im Ausland oder Inland besteht und ich/wir uns nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhalten werden.
- e) Mir ist bekannt, dass die Genehmigung des Antrages gebührenpflichtig ist.
- f) Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Erklärung. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als mittelbare Falschbeurkundung nach § 271 Strafgesetzbuch unter Umständen als Betrug nach § 263 Strafgesetzbuch verfolgt und bestraft werden können. In einem solchen Fall bleibt der Widerruf der Wohnberechtigungsbescheinigung vorbehalten.
- g) Ab dem 25.Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu den Rechten von betroffenen Personen. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Zur Durchführung des WFNG NRW bzw. zur Ermittlung der für das Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheines maßgeblichen Verhältnisse, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, § 25 WFNG NRW). Ihre WBS Stelle ist hierbei „Verantwortliche“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO.

Daher erkläre ich mich ausdrücklich damit einverstanden, dass

1. die zuständige Abteilung, zur Klärung des Aufenthaltsstatus für mich oder/und meiner Haushaltsangehörigen, personenbezogene Daten aus dem Antrag auf Wohnberechtigungsschein an das Ausländeramt weiterleiten darf. Zur schnelleren Bearbeitung meines Antrages auf Wohnberechtigungsschein bin ich damit einverstanden, dass das Ausländeramt personenbezogene Daten über meine oder unsere Aufenthaltserlaubnis direkt an die zuständige Abteilung weitergeben darf. Diese gilt auch für die Einholung von Auskünften und der erforderlichen Unterlagen im Bereich Grundsicherung/ Bürgergeld/ Asylbewerberleistungen.

Hinweis:

Da die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines/Benutzungsgenehmigung/Freistellung/Bescheinigung über die Einhaltung der Einkommensgrenzen im mit öffentlichen und nicht öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau strikt an die gesetzlichen Einkommensgrenzen gebunden ist, ist die Bearbeitung Ihres Antrages entscheidend davon abhängig, dass die geforderten Unterlagen (siehe beiliegendes Merkblatt) vollständig und zeitnah von Ihnen vorgelegt werden. **Es liegt damit in Ihrem eigenen Interesse, an der Klärung der Antragsvoraussetzungen mitzuwirken.**

Ort, Datum _____

Unterschrift(en) aller im Antrag aufgeführten, volljährigen Personen

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Unterlagenanforderung für einen Wohnberechtigungsschein

- Ausgefülltes und unterschriebenes Antragsformular
- Einkommensnachweise für jede Person des Haushalts, die über Einkommen verfügt; z. B.:
 - Gehaltsabrechnungen der letzten 12 Monate
 - letzter Einkommenssteuerbescheid (bei Selbständigen, bei Vermietungseinnahmen bzw. bei höheren Werbungskosten als die Pauschale von 1230,00 €)
 - Gewinn- und Verlustrechnung des letzten Quartals vom Steuerberater bei Gewerbetreibenden
 - aktueller Rentenbescheid
 - aktueller Arbeitslosengeld I oder Bescheid Bürgergeld etc.
 - aktueller Bafög-Bescheid
 - Elterngeldbescheid
 - Bescheid über Pflegegeld
 - Nachweise über empfangene Unterhaltsleistungen
 - Arbeitsvertrag (z.B. bei Neueinstellung)
 - Ausbildungsvertrag
- Sonstiges (je nach Gegebenheit)
 - Schulbescheinigung (ab dem 16. Lebensjahr)
 - aktuelle Studienbescheinigung
 - Schwerbehindertenausweis
 - Nachweis über den Pflegegrad
 - Nachweis über zu zahlende Unterhaltsleistungen
 - Heiratsurkunde (falls die Eheschließung noch keine 5 Jahre zurückliegt)
 - Aufenthaltserlaubnis bei Nicht-EU-Staatsangehörigen